

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 34 (2015)
Heft: 66

Artikel: Nachhaltiges Binnenwachstum statt Exportweltmeisterschaft : wie die Nationalbank die fällige wirtschaftspolitische Wende behindert
Autor: Vontobel, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651813>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nachhaltiges Binnenwachstum statt Exportweltmeisterschaft

Wie die Nationalbank die fällige wirtschaftspolitische Wende behindert

Das Wirtschaftsmodell Schweiz basiert auf dem Grundsatz, viel mehr zu exportieren als zu importieren und zu konsumieren. Dies geht mit Schulden und Leistungsbilanzdefiziten bei den Handelspartnern einher. Die chronischen Leistungsbilanzüberschüsse der Schweiz sind kontraproduktiv und gefährlich für alle Beteiligten. Dies verdeutlicht schlaglichtartig der wenig fundierte Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB), den Mindestkurs des Euro im Verhältnis zum Schweizer Franken aufzuheben. Mit ruinösen Kostensenkungsprogrammen versuchen Unternehmen seither, den Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit wettzumachen. Dieser Beitrag plädiert für wirtschaftspolitische Struktur-reformen, welche aus der Exportfixierung herausführen und einen anderen Wachstumspfad verfolgen. Nötig ist jedoch auch ein intelligenteres Direktorium der SNB.

Ein weltrekordverdächtiges Jubiläum

Zum fünfunddreissigsten Mal in Folge erzielt die Schweiz einen Leistungsbilanzüberschuss. Insgesamt 1168 Milliarden Franken haben wir in dieser Zeit auf die hohe Kante gelegt. Zusammen mit den 180 Milliarden «Startkapital» müsste unser Nettoauslandvermögen heute auf 1350 Milliarden Franken angestiegen sein. Im ersten Quartal 2015 waren es jedoch bloss noch 696 Milliarden – ein Verlust von 654 Milliarden.¹ Mit anderen Worten: Fast die Hälfte unserer Ersparnisse haben sich in Luft aufgelöst. Die Schweiz teilt damit das Schicksal aller anderen Länder mit chronischem Überschuss (namentlich Deutschland), deren Auslandguthaben sich, in Franken gerechnet, laufend entwerten.

Eigentlich sollten die Exportüberschüsse dazu dienen, die Renten der Bevölkerung zu bezahlen. Die Idee war ursprünglich die: Die Schweiz investiert ihre Überschüsse im Ausland in Maschinen und Fabriken, damit diese später auch für unsere RentnerInnen produzieren. Das war in den Achtzigerjahren noch halbwegs realistisch. Das Ausland und insbesondere die Schwellenländer brauchten Kapital für den Ausbau ihrer Produktion

und ihrer Infrastruktur. Die heutige Realität ist eine andere. Dank Fusionen erzielen die Unternehmen heute Monopolrenditen, die ihnen erlauben, ihre Investitionen aus der Portokasse zu zahlen, sie brauchen dafür keine Ersparnisse der Haushalte. Auch die reichen Privathaushalte schwimmen im Geld. Per Saldo brauchen nur noch die (meisten) Staaten Kredite, und dies in erster Linie, um den armen Haushalten das Geld zu geben, das sie benötigen, um ihre Lebenshaltungskosten zu finanzieren – und damit die Wirtschaft am Laufen zu halten.

Auch wenn dies nicht bei jeder einzelnen Investition klar ersichtlich ist, dienen die Ersparnisse im volkswirtschaftlichen Gesamteffekt nur noch zur Finanzierung von Konsum. Das investierte Geld verkörpert zwar noch eine Forderung, aber es steckt kein Gegenwert mehr dahinter: Keine Maschinen, keine Immobilien, keine Infrastruktur – geblieben ist nur die (schwindende) Macht der Staaten, Steuern einzutreiben.

Für die Volkswirtschaft Schweiz heisst das: Exportüberschüsse sind hinausgeworfenes Geld. Wir erwerben dafür bloss Forderungen, die wir nie eintreiben können. Und auch nicht wollen, denn zu diesen Zweck müssten wir Leistungsbilanzdefizite zulassen – volkswirtschaftlich gesehen. Doch wer denkt heute noch so? Für die SNB haben unsere Leistungsbilanzüberschüsse in den letzten Jahren bedeutet, dass sie die Devisenguthaben unserer Firmen und reichen Privatpersonen aufkaufen musste, damit sich der Franken nicht aufwertet. Die gut 350 Milliarden Franken, um welche die Bilanz der SNB seit 2008 angeschwollen ist, lassen sich vollständig durch Leistungsbilanzüberschüsse erklären – auch wenn die ausländischen SpekulantInnen, die in Schweizer Franken anlegen, in der Endphase auch noch mitgespielt haben.

Mitte Januar hat die SNB nun den Stecker rausgezogen. Sie kauft keine Devisen mehr und überlässt den Frankenkurs dem Markt. Als Folge davon wertete der Franken schlagartig auf und sind die Warenexporte markant gesunken, um 2,3 Prozent im ersten Quartal 2015. Wenn das so weitergeht, wird die Schweiz schon bald zuerst im Warenhandel und dann vielleicht auch bei den Dienstleistungen keine Überschüsse mehr erzielen. Die Richtung stimmt grundsätzlich, denn Überschüsse sind auf Dauer gefährlich; die Schweiz muss davon wegkommen. Aber das Tempo ist völlig unverhältnismässig. Man kann die Währung eines Landes, das dazu noch ein hoch spekulatives Finanzzentrum ist, nicht einfach den Launen des Devisenmarktes überlassen. Zudem widerspricht es jedem demokratischen Verständnis, dass die schweizerische Wirtschaftspolitik im Alleingang von einem Mann gemacht wird – dem SNB-Präsidenten Thomas Jordan.

Mit seinem einsamen Entscheid hat Jordan eine gefährliche Dynamik angestossen. Vermutlich mit Absicht. In einer ersten Reaktion haben bedrohte Unternehmen und einige noch nicht bedrohte TrittbrettfahrerIn-

nen die Stundenlöhne gesenkt und die Arbeitszeiten verlängert. Kurz danach kam die politische Reaktion: Die bürgerlichen Parteien schlossen sich zu einem «Deregulierungspakt» zusammen und präsentierten ihren Drei-Punkte-Plan: keine neuen Steuern, Stellenstopp beim Staat, Deregulierung – inklusive Verlagerung der Lohnverhandlungen auf die betriebliche Ebene. Die Stossrichtung ist klar: Der Standort Schweiz soll seine Wettbewerbsfähigkeit dank Kostensenkungen und Sozialabbau wieder zurückgewinnen.

Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten von Jobs und kollektiven Gütern?

Dieses Programm ist nicht zukunftsweisend: Es sucht Wachstum dort, wo es keine Beschäftigung nach sich zieht, und entzieht den Bedürfnissen, die bisher noch Wachstum und Beschäftigung generiert haben, die Kaufkraft. Das ist ein Rezept für Stagnation und Arbeitslosigkeit, wie ein Blick zurück auf das letzte Vierteljahrhundert zeigt.

Von 1991 bis 2014 ist die schweizerische Bevölkerung um rund 1,4 Millionen gewachsen, es sind aber nur 270 000 zusätzliche (in Vollzeit umgerechnete) Stellen geschaffen worden. Per Saldo mehr Stellen gab es im Sozialwesen mit 97 000, in der Gesundheit mit 91 000, in Bildung und Unterricht mit 73 000 und in der öffentlichen Verwaltung mit 40 000. Ergibt total 301 000 neue Stellen. Alle anderen Sektoren zusammen haben per Saldo 31 000 Jobs verloren. Auch in den klassischen Exportbranchen Pharma, Finanzdienstleistungen, Maschinen, Elektro und Uhren gab es Ende 2014 ein paar Tausend Stellen weniger als 1991.² Und das, obwohl der Exportüberschuss bei Waren und Dienstleistungen in dieser Zeitspanne um rund acht Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) gestiegen ist.

Gemessen am Bevölkerungswachstum ist das eine sehr bescheidene Jobbilanz. Dass die Arbeitslosigkeit dennoch nur leicht gestiegen ist, hat einen Hauptgrund: Die durchschnittliche Arbeitszeit ist um etwa fünf Prozent zurückgegangen. Man kann dies so auslegen, dass das Bedürfnis nach mehr Freizeit rund 180 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat (in Vollzeitstellen umgerechnet). Die Hitparade der Jobschaffer sieht deshalb so aus: erweiterte Freizeitbedürfnisse, Sozialwesen, Gesundheit, Bildung, öffentliche Verwaltung. An diesen Trends dürfte sich auch in Zukunft nicht viel ändern. Ganz oben in der Bedürfnispyramide stehen nun mal mehr Freizeit, kollektive Güter und Umweltschutz.

Wenn die Schweiz nun als Reaktion auf die Schockpolitik der SNB aus lauter Angst um die Exportindustrie die Arbeitszeiten verlängert, die Finanzierung der kollektiven Güter erschwert und die Beschäftigung in der Verwaltung reduziert, dann legt sie die einzige Jobmaschine still, die ihr noch geblieben ist. Mit dieser irrationalen «Opferbereitschaft» erhält sie

andererseits die Hoffnung wach, mindestens einen Teil der traditionellen Leistungsbilanzüberschüsse von rund zehn Prozent des BIP inklusive der davon abhängigen Jobs zu retten.

Wie viele Stellen hängen tatsächlich von den Leistungsbilanzüberschüssen ab? Unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigung ist der Export ohnehin ein Verlustgeschäft. In einer Milliarde Franken Pharma-Exporten etwa stecken bloss rund 15 000 Jobs, in einer Milliarde importierten Nahrungsmitteln jedoch weit mehr als 100 000. Der Rohstoffhandel und die Finanzdienstleistungen (die nächstwichtigen Exportüberschuss-Branchen) haben zum Teil einen noch tieferen Jobgehalt. Über den Daumen gepeilt dürfte unser aktueller Handelsbilanzüberschuss von 71 Milliarden kaum mehr als 150 000 Vollzeitstellen generieren, das sind etwa vier Prozent des gesamten Arbeitsvolumens.

Mit den Massnahmen, die uns die bürgerlichen Parteien vorschlagen, können wir vielleicht die Hälfte davon retten, doch gleichzeitig schwächen wir die Binnennachfrage und lähmen damit den Jobmotor, der – den oben stehenden Ausführungen zufolge – seit 1991 immerhin rund 450 000 Jobs geschaffen hat. Dass dies keine lohnende Strategie ist, zeigt das Beispiel Deutschlands, das mit seiner exportorientierten Politik der Lohnmässigung bis hin zum Lohndumping zwar jährlich etwa 200 Milliarden Euro Exportüberschuss erzielt, aber fast das doppelte Potenzial an Binnennachfrage verloren hat.

Ideologische und materielle Hindernisse einer wirtschaftspolitischen Wende

Der technologische Fortschritt wird wohl auch in Zukunft jährlich mindestens ein Prozent der Stellen (also etwa 40 000) vernichten. Zudem müssen wir nach und nach auch die oben erwähnten 150 000 Stellen aus den Exportüberschüssen ersetzen. Zu diesem Zweck gilt es, alle noch verbliebenen *vernünftigen* Nachfragereserven auszuschöpfen – insbesondere die Nachfrage nach Freizeit. Vorher sind aber die Hindernisse wegzuräumen, die uns bisher daran gehindert haben.

Das *erste Hindernis* ist die auf die Senkung der Staatsquote fixierte Ideologie der bürgerlichen Parteien. Für sie sind die kollektiven Dienstleistungen, die bisher noch Jobs geschaffen haben, keine legitimen Bedürfnisse, sondern Begehrlichkeiten. Bürgerliche wollen dagegen die «Produktivkraft des reinen Markts entfesseln», indem sie die Staatsquote und die damit zusammenhängenden «Belastungen» gering halten. Bloss gibt es da nicht viel zu entfesseln. Der «reine Markt» hat nun mal ein sehr beschränktes Repertoire. Er funktioniert nur gut, wenn es darum geht, Güter und Dienstleistungen zu produzieren und zu vermarkten, die erstens privat

sind und zweitens aus dem laufenden Einkommen der Nachfragenden finanziert werden können. Die meisten Gesundheits- oder Bildungsausgaben fallen nicht in diese Kategorie, ebenso wenig wie die Altersvorsorge und die Arbeitslosenversicherung; gar nicht zu reden von den wichtigsten kollektiven Gütern. Doch findet gerade in diesen Bereichen das Wachstum statt.

Der «reine Markt» eignet sich auch sehr schlecht für die Nachfrage nach Freizeit. Kürzere Arbeitszeiten können nicht gut individuell ausgehandelt werden – weil es die betrieblichen Abläufe nicht zulassen, weil Teilzeit und Karriere schwer vereinbar sind, weil die Sozialwerke auf Vollzeit eingerichtet sind, weil der künftige finanzielle Bedarf schwer abzuschätzen ist usw. Damit sind wir beim *zweiten Hindernis*. Ohne kollektiv organisierte Arbeitszeitverkürzung werden wir die Produktion von Freizeit nicht «entfesseln» können. Der politische Wille zur Arbeitszeitverkürzung ist jedoch zurzeit nicht erkennbar.

Das *dritte Hindernis* liegt darin, dass die (grossen) Unternehmen ihre Wertschöpfung immer einseitig verteilen. Der Tieflohnsektor wächst fast so schnell wie die Gehälter der Topmanager. Mit dieser «Lohnpolitik» vernichten die Unternehmen erstens Nachfrage und Jobs. Zweitens belasten sie die Staatskasse und erhöhen die vom Staat zu deckenden Soziallasten – und verschärfen damit das erste Hindernis. In Deutschland etwa deckt auch der Mindestlohn von 8,50 Euro, multipliziert mit einem durchschnittlichen Jahrespensum von 1320 Stunden, nur etwa sechzig Prozent der (minimalen) Lebenshaltungskosten. Den Rest muss der Staat zuschiessen.

Reformvorschläge für ein nachhaltiges Binnenwachstum

Was ist nun konkret zu tun, um den Wettbewerb um Handelsüberschüsse und Kostensenkung zu brechen? Grundsätzlich betrachtet sind chronische Leistungsbilanzüberschüsse unfair für alle Handelspartner. Fair und nachhaltig wäre, dass jedes Land wertmässig nur so viel auf den Weltmärkten und seinem eigenen Markt verkauft, wie es bereit und in der Lage ist, dort einzukaufen. An dieser Stelle richten wir den Blick auf die *binnenwirtschaftlichen* Optionen. Die nachfolgenden Reformvorschläge zielen darauf, Jobs nachhaltig zu schaffen und die Nachfrage nach Lebensqualität und kollektiven Gütern zu fördern.

- *Teilzeitarbeit fördern.* Eine erwerbstätige Person arbeitet in der Schweiz heute durchschnittlich 1540 Jahresstunden. Für jede Person, die ein volles Pensum von 1900 Stunden ergattert, muss sich somit eine andere mit einem halben Pensum von 1180 Stunden begnügen. Wenn beim durchschnittlichen Arbeitspensum der 1970er-Jahre die 40-Stunden-Woche richtig war, wäre heute eine 33-Stunden-Woche angebracht. Um den

Trend zu kürzeren Arbeitszeiten zu fördern, könnte man z.B. die Sozialwerke konsequent auf das durchschnittliche Arbeitsvolumen ausrichten. Beispiel: Wer 42 Stunden arbeitet, zahlt Beiträge auf den vollen Lohn (z. B. gegen Arbeitslosigkeit), versichert ist aber nur der Lohn von 33 Stunden. Wer überdurchschnittlich viel arbeitet und den anderen damit Arbeit wegnimmt, subventioniert deren Sozialversicherung.

- *Kaufkraft erhalten.* Wenn je 25 Prozent der Netto-Wertschöpfung des Unternehmenssektors als Gewinn und Lohn für die Topkader ausgeschüttet wird und für das Heer der NiedriglöhnerInnen noch ein Zehntel übrig bleibt, dann vernichten die Unternehmen die Kaufkraft, die nötig wäre, um ihre Produkte abzusetzen. Zudem wälzen sie Lohnkosten auf den Sozialstaat ab. Das Geld fehlt dann für öffentliche Dienstleistungen. Hohe Mindestlöhne und flankierende Massnahmen helfen, reichen aber nicht. Unternehmen sollten die sozialen und gesamtwirtschaftlichen Kosten ihrer einseitigen Einkommensverteilung mittragen müssen. In einem ersten Schritt geht es darum, die Einkommensverteilung auf Unternehmensebene erst einmal offenzulegen und das Problembewusstsein zu verstärken.
- *Sparen nicht mehr steuerlich begünstigen.* Die Sparanreize der 2. Säule «vernichten» jährlich mindestens zwanzig Milliarden Franken potenzielle Nachfrage. Als Massnahme bietet sich eine neue gesetzliche Regelung an, wonach BVG-Beiträge nur noch im Rahmen des Obligatoriums steuerlich abzugsfähig sind. Für die Alterssicherung hätte dies keine sozialen Folgen.
- *Ökologischer Umbau.* Darüber ist schon viel geschrieben worden. Hier nur eine Anmerkung: Die Auslandsinvestitionen aus Exportüberschüssen werfen – je nach Zeitraum der Betrachtung – eine Realrendite von 0 bis minus 5 Prozent ab. Im Vergleich dazu sind Investitionen in Windmühlen und Solarkraftwerke sowie in Wärmedämmung äusserst rentabel.

Was bedeuten solche Reformen für die Exportindustrie? Sie war und ist eine wichtige Stütze für Wohlstand und Beschäftigung. Die Forderung, Exportüberschüsse zurückzufahren, meint nicht, dass wir unsere Exportindustrie mutwillig abbauen sollten. Abbau und wirtschaftliche Schäden sind aber genau die Risiken, auf welche die SNB mit der abrupten Freigabe des Frankenkurses eingeht. Zwar kann man nicht ganz ausschliessen, dass die schweizerische Wirtschaft durch solche «Peitschenhiebe» (Prof. Thomas Straubhaar) noch gestärkt wird. Diese Rhetorik ist in bürgerlichen Kreisen weit verbreitet. Doch ein solcher Ausgang ist eher unwahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher sind Negativszenarios, wie sie unter anderen die Wirtschaftsprofessoren Aymoz Brunetti und Peter Bernholz im Detail begründet haben. Demnach könnte der Franken so lange überbewertet bleiben, bis ganze Industriebranchen der Schweiz den Rücken kehren –

und auch nicht zurückkommen, wenn der Franken wieder sein «normales» Niveau erreicht hat.

Warum sollte die Schweiz dieses Risiko einer Industrieabwanderung eingehen? Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, warum die SNB nicht in der Lage sein sollte, für den Euro einen Mindestkurs von 1.10 oder auch 1.15 Franken durchzusetzen, zumal dieser mit einem Negativzins gekoppelt ist. Gewiss, ein kleines Risiko bleibt, Zielscheibe von Währungsspekulation zu werden. Doch auch bei einem festgelegten Mindestkurs ist das Verlustrisiko für WährungsspekulantInnen wesentlich grösser: Sie zahlen Strafzinsen, welche die SNB kassiert, ausserdem Zinsen auf den von SpekulantInnen erworbenen Wertpapieren. Kommt hinzu: Fondsmanager sind rasch weg, wenn sie keine schnelle Rendite bringen. Zentralbanken haben einen viel längeren Atem. Deshalb ein fünfter Reformvorschlag zum Schluss: Die Schweiz braucht einen Umbau der SNB-Spitze.

Anmerkungen

- 1 Statistisches Monatsheft der SNB, Tabelle Auslandvermögen der Schweiz, Juni 2015.
- 2 BFS, Bundesamt für Statistik, BESTA, 1991 bis 1. Quartal 2015.